



# Thurner Wochenblatt.

Nr. 78.

Sonnabend, den 19. Mai.

1866

## Wähler-Versammlung.

Zu einer Versammlung der Wähler der Stadt und des Kreises Thorn laden wir auf **den 25. Mai d. J. Nachmittags 4 Uhr**

in den Saal des Artushofes hierdurch ergebenst ein.

**Tagesordnung:** 1) Die Lage des Landes. 2) Die Wahl zum Abgeordnetenhaus.

Thorn, den 18. Mai 1866.

**Buchholz-Neuhof. Elsner-Papau. Feldtkeller-Kleefelde. Feldt-Lonczynnek. Lau-Gurske. Pohl-Ollef. Steinbart-Preuß-Lanke. Weigel-Leibitsch. Wentscher-Rosenberg. Behrendsdorff. A. Heins. Lesse. C. Marquart. Dr. Meyer. B. Meyer. N. Neumann. Otto Pohl. G. Prowe. E. Schwartz. F. Täge. G. Weese.**

### Die Bundesreformfrage.

Einige Leute sind, wenn man auf den Widerwillen des preussischen Volkes, einen Krieg unter den gegenwärtigen Umständen zu führen, hinweist, immer schnell mit der Phrase bei der Hand: „Kann denn aber Preußen zurück, soll es noch ein Dmütz erdulden?“ Diese Phrase wird von den Kriegseiferern gebraucht, um doch irgendwie den Beweis zu führen, daß der Krieg durchaus im Interesse der Ehre nothwendig sei. Andere sprechen die Phrase nach, ohne sich dabei etwas zu denken. Gewiß Niemand will ein zweites Dmütz! Haben wir denn aber jetzt nur die Alternative: diesen verhängnisvollen Krieg mit allen seinen großen Gefahren für Preußen und Deutschland, oder Dmütz? Gibt es denn nichts Drittes? Niemand will, daß Preußen zurück soll; auch wir wollen vorwärts. Die preussische Regierung hat ja selbst auf den Weg hingewiesen, als sie den Antrag auf Bundesreform einbrachte. Man lasse Oesterreich doch vorläufig ganz links liegen und concentriere seine Kraft auf die Bundesreformfrage. Aber freilich muß das anders geschehen als bisher! Diese Erkenntnis gewinnt jetzt auch im Kreise Derjenigen Vertreter, die bisher entschieden für die Durchführung der Annexion eintraten. So schreibt die „Magdb. Btg.“:

Man mag von dem Bundesreformvorschlage Preussens denken, was man will, aber das kann man doch nicht leugnen, daß er eins der geeignetsten Mittel, wir wollen nicht sagen, ist, aber werden könnte, um den Conflict auf friedlichem Wege zu lösen. . . . . Wenn die preussische Regierung den Reformvorschlag wirklich gestellt hat, um eine Frage in Deutschland hineinzuworfen, vor welcher der Krieg zurücktreten sollte, bis dieselbe entschieden ist — und wir glauben, daß sie das beabsichtigt — so könnte sie wohl noch heute den Krieg unmöglich machen. Sie könnte mit einem Schlage ihren Feinden die schon gezielte Waffe aus der Hand reißen. Der Schritt, den sie thun müßte, liegt in aller Welt Munde. Der richtige Instinct oder, wir wollen sagen, die gesunde Vernunft des Volkes hat ihn schon seit Wochen als den allein zum Ziele führenden bezeichnet und deshalb stündlich erwartet. Die Gerüchte von einer Veränderung des Ministerium haben sich bis jetzt als unbegründet erwiesen, aber sie geben den richtigen Weg an. Ein liberales Ministerium! Das ist die Lösung, die nicht nur in Preußen die allgemeine Begeisterung, welche uns bei unserem schweren Werke so noth thut, hervorruft, sondern auch in Deutschland Wunder wirken würde. Ein liberales Ministerium müßte die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten noch im statu quo des Gasteiner Vertrages lassen, sich dagegen mit aller Macht auf die Bundesreformfrage legen. Diese Frage würde unter einem liberalen preussischen Ministerium eine ganz veränderte Gestalt annehmen. Aller Orten würde das deutsche Volk Zutrauen zu dem Ernste des Reformvorschlages gewinnen, es würde sich dafür erwärmen, ja begeistern. Die schärfste Waffe, welche Oesterreich und die deutschen Regierungen gegen

Preußen schwingen, würde ihnen aus den Händen fallen. Es ist klar, daß die Coalition der deutschen Regierungen gegen Preußen, die sich im sächsischen Antrage einen Ausdruck gegeben hat, nur zu Stande gekommen ist, weil diese Regierungen den preussischen Reformvorschlag fürchten, weil sie um Alles in der Welt das deutsche Parlament hintertreiben möchten. In den Händen eines liberalen preussischen Ministeriums würde der Reformvorschlag bald zu einem Schwerte werden, dessen Spitze das deutsche Volk selbst gegen seine Regierungen kehren würde, um diese zu zwingen, ihren Widerstand gegen das Parlament aufzugeben. Ist aber erst ein deutsches Parlament da und geht dies in den wesentlichsten Punkten Hand in Hand mit einem liberalen preussischen Ministerium, dann ist ein Krieg in Deutschland unmöglich. . . . . Nichts konnte den Feinden Preußens und den Feinden der Einheit Deutschlands erwünschter kommen, als das jetzige Regierungssystem in Preußen; nichts fürchten sie mehr, als ein liberales Ministerium in Preußen.“

### Politische Rundschau.

**Deutschland.** Berlin, den 17. Mai. Die neueste „Provinzialcorrespondenz“ bespricht die Rüstungen Hannovers in ganz ähnlicher Weise, wie dies bereits zweimal in der „Nordd. Allg. Btg.“ geschehen ist. Sie meldet ferner: „Unsere Regierung hat sich durch die überraschende Nachricht von jenen Rüstungen veranlaßt gesehen, um bestimmte Erklärungen über den Grund und Zweck derselben zu eruchen. Es steht zu erwarten, daß diese in befriedigender und völlig sicherer Weise demnächst erfolgen werden.“ — Hierauf berichtet ein Artikel über den Fortgang der Preussischen Rüstungen, welche natürlich gegenüber den Oesterreichischen und bundesstaatlichen Rüstungen nicht hätten zurückbleiben können. Es wird darüber Folgendes ausgesprochen: „Die Rüstungen sind zur Zeit überall so weit vorgeschritten, daß nicht bloß jeder feindliche Angriff sofort nachdrücklich zurückgewiesen werden würde, sondern daß den weiteren Schritten der Regierung zur Durchführung der Preussischen Politik der nothwendige Rückhalt nicht fehlen würde.“ Die Hoffnung einer friedlichen Beilegung des vorhandenen Zwiespalts ist noch nicht aufzugeben. Zur Erfüllung dieser Hoffnung würde aber der volle Ernst raschen friedlichen Entgegenkommens auch von anderer Seite erforderlich sein.“ Die „Spen. Btg.“ will dem Grafen Bismarck wohl den Weg bahnen, indem sie die Dringlichkeit eines Systemwechsels beweist und gleichzeitig den Grafen Bismarck lobpreist, daß er durch seine „große auswärtige Politik“ durch den Antrag beim Bunde und durch die Herbeiführung von Neuwahlen den Wechsel des Systems vorbereitet habe. — Extreme können sich wohl begegnen, nicht aber vereinigen, müssen wir der „Spen. Btg.“ vorhalten. Eine Coalition des Grafen Bismarck mit der Fortschrittspartei ist undenkbar, deshalb kann auch die „neue Aera“ keinen Halt gewinnen. — Die „A. Btg.“ citirt aus der „Hamb. Reform“ ein Bruchstück eines Briefes, den Hr. v. Bismarck als Gesandter in Petersburg im Jahre 1859 über die

Deutsche Sache geschrieben hat. Da die „N. A. Btg.“ dieses Fragment ebenfalls mittheilt, muß es wohl echt sein. Es lautet: „ . . . Ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unserer Deutschen Bundesgenossen die Saite selbstständiger Preussischer Politik in der Presse anschlagen. Vielleicht geschehen in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten. In diesen Eventualitäten kann sich die Weisheit unserer militärischen Vorwärts-Maßregeln noch nach anderen Richtungen hin bethätigen und unserer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das Preussische Selbstgefühl einen eben so lauten und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „Deutsch“ für „Preussisch“ möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger unsern übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus abnißt. . . . . Ich sehe in unserm Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igne werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heut lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne etwas Anderes an seine Stelle zu setzen, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen Deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen.“

— Den 18. d. Das Obertribunal bestätigte gestern das Erkenntnis des Kammergerichts, wodurch dem Redacteur der „Vossischen Zeitung“, Müller, weil er bereits zweimal wegen Preusserehrens verurtheilt ist, die Concession entzogen wird. Von der Grenze bei Klingebittel wird eine Grenzüberschreitung durch eine österreichische Patrouille gemeldet, welche Gewaltthätigkeiten gegen einen preussischen Zollbeamten verübt hat. Für den Prinzen Friedrich Carl, der das Ober-Commando erhalten, wurde General Griesheim zum stellvertretenden Commandeur des dritten Armee-Corps ernannt. Dem Vernehmen nach wird die Regierung umfassende Maßregeln für die Unterstützung der Handwerker und des mittleren Bürgerstandes durch Darlehnskassen, wie 1848, treffen.

— Die Congressfrage ist noch nicht viel vorwärts gekommen. Rundweg abgelehnt ist der Congress von keiner Macht. Aber es scheint doch, als wenn die Bedingungen, welche einzelne Mächte stellen werden, sehr schwer zu erfüllen seien. Die preussische Regierung hat, wie man vernimmt, dem Project unter der Voraussetzung zugestimmt, daß alle streitigen europäischen Fragen zur Erörterung kommen. Eine entschieden friedliche Wendung ist noch nicht bemerkbar, indem man allgemein an, daß wieder Raum für Verhandlungen gewonnen ist. Zu bedauern wäre nur, wenn Preußen früher in die Verhandlungen eingetreten gezwungen ist, als es die Unterstützung des deutschen Volkes gewonnen hat. Auch jetzt noch wäre der Zeitpunkt da, durch eine offene Appellation an die Nation, welche mit einer Anerkennung der berech-

tigten Forderungen des Volkes verbunden ist, in der ganzen unglücklichen Situation eine günstige Wendung herbeizuführen. Man scheint auch in Berlin nicht zu verkennen, welche Kraft Preußen aus einem nationalen Umschwunge seiner Politik ziehen würde; aber man kann sich immer noch nicht entschließen, den einzigen und allein richtigen Weg zu betreten. Und doch sollte man meinen, daß, sobald jene Erkenntnis vorhanden, es schlechterdings ein Pflichtgebot sei, es zu thun.

Es ist im Werke, die ländlichen Gemeinden zu dem Anerbieten zu bewegen, Angesichts der kriegerischen Lage die Steuern vorans zu bezahlen. Der „Volksg. Bg.“ wird darüber mitgeteilt: „Am Dienstag Vormittag hatte der Rentmeister des Amtes Mühlenhof, Reg.-Assessor Pletsch, sämtliche Schulzen des Nieder-Barnim'schen Kreises versammelt, um sie zu bestimmen, in den zu demselben Zwecke ausgeschriebenen Gemeinde-Versammlungen eine Adresse an den Finanzminister zu befürworten, in welcher sich die Gemeinden freiwillig erbieten, für ein halbes Jahr die Steuern voranz zu zahlen. Es geschähe dies nur, um dem König eine Freude zu machen. Einen praktischen Erfolg werde die Adresse nicht haben, da der König keinen Krieg führen wolle. Am Abende fanden die Gemeindeversammlungen in sämtlichen Ortshäusern gleichzeitig statt. In Pankow leitete sie der Regierungs-Assessor Pletsch persönlich. Auf die Bemerkung desselben, daß die Adresse nur dem Auslande zeigen sollte, daß auch wir von Patriotismus durchdrungen seien, erwiderte Herr von Hesse, das Ausland werde die Adresse gewiß als eine von oben her in Gang gebrachte ansehen und dieselbe werde daher doch keinen Einfluß haben. Nachdem von Verschiedenen betont wurde, daß gewiß jeder Preusse unter einem anderen Ministerium Leben, Hab und Gut zur Vertheidigung des Vaterlandes zur Verfügung stellen würde und daß das gesetzliche Organ für Gelbentwässerungen die Kammern seien, wurde die Adresse einstimmig abgelehnt. Nachträglich soll sie jedoch von dem Ortschulzen Preiser und dem Prediger Dr. Kamdohr unterschrieben worden sein. Nach dieser Versammlung fand in demselben Lokale noch eine Versammlung der Gemeinde-Mitglieder von Schönholz statt, welche gleichfalls das Unterschreiben der Adresse ablehnten. — Die englische Regierung hat in einer vom 12. Mai datirten, am 14. hier übergebenen Circulardepesche an ihre Vertreter im Auslande erörtert, daß die Geschäftskrisis in England nicht aus politischen Quellen, sondern aus einer Ueberspeculation entspringen sei, und daß auch die Suspension der Bankacte mit keinen Berechnungen auswärtiger Politik zusammenhänge, sondern nur den Zweck habe, die in der britischen Geschäftswelt herrschende Beunruhigung zu mildern. Die Depesche selbst stellt ein nahe Ende der Krisis in Aussicht.

In der am 15. d. stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten zu Stettin lag ein dringlicher Antrag auf Erlass einer Adresse an den König vor. Dieser Antrag wurde schließlich fast einstimmig angenommen und eine Commission erwählt, welche die Adresse entwerfen soll. In der Debatte sprach sich die allgemeine Ueberzeugung aus, daß ein Krieg unter dem jetzigen Regierungssystem die schwersten Gefahren über Deutschland und Preußen bringen würde.

Die Petition der sächsischen Behörden in Breslau an den König hat nach der „N. B.“ folgenden Inhalt: „Se. Maj. der König haben zu befehlen gerührt, daß die Vertreter des Landes einzuberufen seien, um der Stimmung des letzteren Ausdruck zu geben; der Zeitpunkt der Einberufung liege aber noch fern, und doch handle es sich heute schon um Krieg oder Frieden. Die Vertreter der Stadt Köln, dieser großen Handelsstadt, glaubten es den Interessen derselben schuldig zu sein, die Stimmung der Bevölkerung, die ihnen aus unmittelbarer Anschauung bekannt sei, zur Kenntniß Se. Maj. zu bringen. Als vor einigen Jahren die preussische Armee gegen den nordischen Feind ausgerückt sei, habe eine allgemeine Begeisterung geherrscht und die Söhne des Landes seien mit dem Segen ihrer Väter und Mütter hinaus in dem Kampf gezogen; jetzt aber drohe die Gefahr, daß sich die Waffen gegen deutsche Brüder richten; die Nothwendigkeit eines solchen Kampfes werde nicht anerkannt; derselbe werde Deutschland dem Auslande gegenüber zur Zerissenheit und Machtlosigkeit führen und man habe die Gefahr vor Augen, daß die Rheinlande, die Friedrich Wilhelm III. einst die Voranmer der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit genannt habe, würden losgerissen werden. Die Rheinländer wollten Deutsche, wollten Preußen bleiben; aber sie scheuten es, das Blut deutscher Brüder zu vergießen, den Segen eines sojährigen Friedens zu vernichten; die Weisheit Se. Maj. werde Mittel und Wege finden, den Frieden zu erhalten und auf der Bahn desselben auch ohne inneren Kampf Preußen in seiner Stellung als den Kern der Kraft Deutschlands zu erhalten und zu stärken. Aber nicht bloß der Bruderkrieg sei es, vor welchem das Volk zurückbebe; der Krieg würde Jammer in die Familien tragen, ihre Subsistenzmittel zerstören, schon jetzt seien enorme Verluste zu beklagen; die vorhandenen Kräfte Aller abgeschwächt, vergeudet, die Werkstätten geschlossen, dem Lande die Arbeitskraft entzogen und Hunderte von Menschen dem Hunger und dem Elende preisgegeben; Se. Maj. möge zu erwägen geruhen, wie der schwelende Streit ohne Verletzung des preussischen Ruhmes geschlichtet werden könne. Schließlich wird der König um die Wahrung des Friedens gebeten, nicht bloß im Namen der Stadt und der Provinz, sondern im Namen des ganzen preussischen Vaterlandes. Dann werde dasselbe als der Hort des Friedens, als der Hort der deutschen Macht gepriesen werden.“

Hannover gab befriedigende Erklärungen ab

und bietet eine bewaffnete Neutralität an. Die wachsende Wahrscheinlichkeit eines Congresses übt auf die Bevölkerung einen temporär beruhigenden Einfluß aus.

Die ruhigere Stimmung währt fort, und auf der Börse behaupteten sich gestern die Course der schweren Eisenbahnactien, ja es wurden sogar Geschäfte darin gemacht. Aber das Vertrauen zur Erhaltung des Friedens ist darum nicht stärker geworden. Die auswärtigen Berichte über die Bemühungen für den Congress sind nur ein Strohhalm, an dem die Hoffnungsbegeierigen und und Schiffsbrüchigen sich zu halten suchen. Die Nachricht von der beschlossenen Errichtung von Darlehnskassen für den Handel und die Industrie brachte abermals einige Beruhigung der Gemüther hervor, beweist aber auch zugleich, wie nothwendig man eine solche Hilfe für die nächste Zukunft erachtet. In politischen Kreisen wurde berichtet, daß die Unterredung des Grafen v. Bismarck mit Hrn. v. Bennigsen nur ein Austausch von Ansichten zum Zwecke hatte. Graf Bismarck bemühte sich, seine Deutsche Politik als die einzig wahre und richtige und für das Deutsche Volk heilbringende darzustellen. Er soll dabei seine Verwunderung ausgesprochen haben, daß ihn die Volkspartei dabei nicht unterstütze. In Bezug auf den preussischen Verfassungskonflikt soll er sich dahin geäußert haben, daß er die Beilegung desselben wohl wünsche; er habe ihn aber vorgefunden und nicht verschärft; sonach müsse er seinen Verlauf nehmen. — Nach der „Bresl. W.-Z.“ hat zu dem früheren Gerücht über Verhandlungen mit Führern der Fortschrittspartei eine Unterredung des Grafen Bismarck mit dem Stadt Syndicus Dunder Anlaß gegeben, in welcher der Erstere den Wunsch ausgesprochen haben soll, daß der Magistrat von Berlin eine ähnliche Kundgebung, wie die Stadt Halle veranlasse. — Der Stadt Syndicus gehört zwar der altliberalen Partei an, kennt aber die Parteiverhältnisse Berlins zur Genüge, um dem Grafen Bismarck versichern zu können, daß eine solche Kundgebung zu einer starken Niederlage der konservativen Partei führen würde. Selbst die Mehrzahl der Stadtrathe würde ihren Namen dazu nicht hergeben.

Der König empfing heute den Besuch des Kronprinzen, welcher dem Vernehmen nach, das 5. und 6. Armeecorps commandiren wird. Großherzog Wilhelm von Mecklenburg ist zum Commandeur der Avantgarde ernannt und heute morgen nach Sorau abgegangen.

Nachdem die „Presse“ in Wien das Stichwort: „Preußen muß getheilt werden“ gefunden hat, fühlt sich auch Ignaz Kuranda ermutigt, in seiner „Ost. Post“ in dieses Horn zu blasen. Diese Zeitung sagt: „Seit Jahren ist Preußen der Störenfried in Deutschland. Ein maßloser Ehrgeiz treibt dort die Regierung und die Nation, eine Stellung zu beanspruchen, zu der sie in Wahrheit weder die Kraft noch den Beruf hat. Dies muß ihr durch Thatfachen bewiesen werden. Preußen ist keine Großmacht; es kann als solche erscheinen, wenn Oesterreich und Deutschland ihm zur Seite stehen; sobald es in Gegensatz zu letzteren tritt ist es ein Mittelstaat, wie jeder andere. Seine Selbstüberhebung muß jetzt gebrochen werden.“ Wir geben dem Wiener Publicisten zu bedenken, daß ein solcher Ton bei uns nur in der „N. B.“ und dem „Publicist“ gefunden wird. Wahre liberale Blätter würden sich desselben schämen. Gebildete Leute schelten wohl, aber schimpfen nicht wie Gassenbuben.

Der „N. B.“ wird berichtet, die Königin Wittve beabsichtige eine erneute Besprechung mit der Königin von Sachsen und der Erzherzogin Sophie von Oesterreich, und diese werde in den nächsten Tagen in Dresden oder einem nahe gelegenen Orte in Sachsen stattfinden. Die drei Schwestern werden aber eben so wenig einen „Damenfrieden“ zu Staade bringen, als es dem Congress gelingen kann, den drohenden Krieg aufzuhalten. Der Kaiser Alexander soll nur im Allgemeinen für den Frieden gewirkt, aber keine bestimmte Vorschläge gemacht haben. Man erwartet, daß er bald nach dem Ausbruch des Krieges die Donaupräsidenten besetzen lassen werde. Dann fehlt bloß noch, daß Louis Napoleon sich Belgien zueignet, damit er nicht zu kurz komme. — Zu der Anordnung der Amtssuspension des Vice-Präsidenten v. Kirchmann bemerkt die „Breslauer Bg.“: „Da hier Zeitungsartikel der „Bresl. B.“ wiederum erwähnt werden, so verweisen wir nochmals auf unsere bereits vor Gericht abgegebene Erklärung, daß Herr v. Kirchmann die uns damals auf Requisition des Obergerichtspräsidenten vorgelegten Artikel der „Br. B.“ nicht geschrieben habe.“ — Und doch hat das Obergericht wegen dieser Correspondenzen verurtheilt? Wie sollen wir das verstehen? Wir bitten das Obergericht um Aufklärung hierüber. Es ist sie sich selbst, wie dem Volke schuldig.

Am Mittwoch ist wieder ein höherer russischer Offizier mit einem kaiserlichen Handschreiben in Berlin angetroffen. Rußland setzt seine Bemühungen um Erhaltung des Friedens in sehr energischer Weise fort. Darüber, welche Haltung Rußland Preußen gegenüber einnimmt, verlautet nichts Sicheres.

Brüssel, den 18. Mai. Die „Independence“ giebt uns angeblich authentischer Quelle folgendes als das von Frankreich für den Congress aufgestellte Programm: Die Lösung der Herzogthümerfrage wird, mit Ausnahme gewisser näher zu bestimmender Details, der Bevölkerung überlassen; die Bundesreform wird, soweit sie das allgemeine europäische Gleichgewicht berührt, vereinbart. Oesterreich tritt Venetien gegen Entschädigung an Italien ab und erkennt letzteres an; Italien garantirt die weltliche Macht des Papstes in den gegenwärtigen Grenzen. — Glaubwürdigem Vernehmen nach sind England, Frankreich und Rußland einig einen Congress für die venetianische und schleswig-holsteinische Angelegenheiten vorzuschlagen.

Coburg, den 17. Mai. Bei der allgemeinen Geschäftsstockung stellten auch Fabriken hier und in der Umgegend, besonders Koch- und Spielwaaren-Fabriken, ihre Arbeiten größtentheils ein und wird auch hier die Verdienstlosigkeit fühlbar. — An hiesigen öffentlichen Casen werden Preussische Einhalbercheine nicht angenommen, während 5- und 10 Thalerbillets von Privatbanken nur mit Verlust Verwendung finden können.

Oesterreich. Die kriegerische Aufregung ist noch immer im Wachsen begriffen. Am schwarzen Brett der Universität und des Polytechnikums wird zur Unterschrift einer an den Kaiser zu richtenden Adresse aufgefordert, in welcher die akademische Jugend demselben alle ihre Kräfte zur Verfügung stellt, um die altherwürdige Monarchie vor den Feinden im Nord und Süd, die sich gegen ihren Bestand verschworen, zu schützen. — „Glas“ und „Gazeta narodowa“ veröffentlichten den Aufruf des Grafen Kasimir Starzenski zur Bildung einer nationalen Reiterlegion. — Daß die Regierung die Polen in Galizien durch Zugeständnisse mancherlei Art zu gewinnen sucht, beweist auch der Umstand, daß der Kaiser am 12. die Stifftung der gegen den flüchtigen Fürsten Adam Sapieha beim Lemberger Landesgericht anhängigen Untersuchung, auch für den Fall seiner Rückkehr aus dem Auslande“ angeordnet hat. Gleichzeitig erklärt sich daraus die in Galizien ziemlich allgemein verbreitete Besorgniß, daß im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen eine Okkupation Galiziens durch russische Truppen stattfinden werde. — Eine Zeitung macht einen Finanzvorschlag, der auf den Patriotismus der Kirche gemünzt ist, welche mit den Kirchengütern auszuweichen soll. Da Obligationen ohne reale Grundlage keine Liebhaber mehr finden, so sollen „Korporationen, namentlich Vertreter der sog. todtten Hand oder einzelne patriotische Individuen“ sich bereit erklären, für die Zwecke des Staates die Benutzung ihres Realcredits zu gestatten. Könnte nicht, sagt das patriotische Blatt, von Seite patriotisch-gemüthter Grundbesitzer, juristischer oder physischer Personen, der Regierung gestattet werden, daß letztere auf sie so zu sagen transfirt? Welche Form und Benennung das auszufertigende Dokument erhalten soll, ob es eine Trasse oder eine Anweisung oder einen Hypothekenschein darstellt, ist ziemlich unerleidi; die Hauptsache wäre die Fundirung desselben auf den Vorkredit dieser juristischen oder physischen Personen nebst der vorausgehenden Verpflichtung des Staates zur Rückzahlung nach irgend einem bestimmten Plane.

Der „Wanderer“ erzählt: Die österreichische Regierung beabsichtigt die Einberufung einer Reichstagsdeputation ad hoc aus allen Provinzen. Ein kaiserliches Manifest würde der Einberufung vorgehen. Die „Ostdeutsche Post“ meldet: Die Wiener Abgeordneten sind gesonnen, am Frankfurter Abgeordnetentage Theil zu nehmen, wenn auch die Abgeordneten der anderen deutsch-österreichischen Länder erscheinen.

Die Wiener Blätter v. 18. enthalten den Armeebefehl des F. M. Benedek, datirt Hauptquartier Wien, den 12. Mai. Benedek zeigt darin an, er habe auf Befehl des Kaisers das Commando der aufzustellenden Nordarmee zu übernehmen. Das Hauptquartier wird vorerst zu Wien und am 15. Mai formirt sein, an welchem Tage die betreffenden Generale, Truppenbranchen und Anstalten unter Benedeks Commando treten. Derselbe spricht die Ueberzeugung aus, jeder Einzelne werde die größte Hingebung mitbringen zur Abwehr und Bekämpfung jedes Feindes, der es wage, ungerecht und muthwillig den Kaiser und das Vaterland zu bedrohen. Er schließt: Ich begrüße Euch in der festen Ueberzeugung, daß Gottes Segen unserer gerechten Sache bei Treue, Tapferkeit, Ausdauer und Standhaftigkeit nicht fehlen wird.

Frankreich. Dem französischen auswärtigen Amt war es seit längerer Zeit bekannt, daß das Cabinet von Petersburg den Ausbruch eines Krieges in Deutschland und Italien dazu benutzen wolle, „die Ungerechtigkeiten der Verträge von 1856 und 1858“, soweit sie die Donaumündungen und ihre Dependenz betrafen, in einer für Rußland vortheilhafteren Weise „zum Ausgleich zu bringen“. Man glaubte zu wissen, daß der Einmarsch der Russen in die Moldau-Walachei für den Kriegsfall eine in Petersburg festbeschlossene Sache sei. Der Marquis de Moustier, französischer Gesandter bei der Hofe, glaubte daher im Sinne seiner Regierung zu handeln, wenn er den Großvezir Fuad Pascha unablässig anstachelte, Alles für einen sofortigen Einmarsch türkischer Truppen in die Donaupräsidenten bereit zu halten, um den Russen möglichst zuvorzukommen. Diesem Plane Moustier's ist jetzt von Paris aus die Allerhöchste Sanction zu Theil geworden, so daß man den folgendschmerzlichen Ereignissen an der unteren Donau entgegenzusehen hat. Frankreich macht sich jetzt ganz offen schlagfertig. Das Observations-Corps in den Seetalen bezieht Cantonnements in Cannes, Antibes, Grasse, Vence, Nizza, Villafranca, Monaco und Mentone; durch Nizza kamen seit Anfang Mai schon kleine Abtheilungen, die weiter nach den Grenzorten zogen. Auch wurden überall Kriegsvorrichtungen vorgenommen. In Toulon dagegen ist Alles auffallend ruhig. „Alles ist Rastlos und Gemüth in der Politik geworden“, setzt die „Gazette du Midi“ hinzu. In dieser Dämmerzeit aber ist das Cabinet so empfindlich, daß es jeden Versuch, es als krieglustig zu schildern, mit Bann und Acht belegt. (Bezieht sich auf die telegraphisch mitgetheilte Verwarnung Südfranzösischer Blätter.)

Der „Abend-Moniteur“ v. 16. sagt bei einer Besprechung der deutschen Angelegenheiten unter Anderem: Die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens haben übrigens mehr an Stärke gewonnen als verlo-

ren. — Ebenso melden mehrere Journale, daß das französische Kabinett im Einvernehmen mit dem englischen und russischen sich bemüht, die Eröffnung diplomatischer Verhandlungen zu veranlassen, denen die Fragen, welche die Ruhe Europas bedrohen, unterbreitet werden würden. Diesen Versuch bezeugt die ganze Aufrichtigkeit der friedlichen Gesinnungen des französischen Kabinetts, welches die Freiheit der Aktion, die es sich reservirt hat, benutzt, um einem bewaffneten Konflikt vorzubeugen. Die „France“ schreibt: Wie man versichert, hat Prinz Napoleon offen seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß Italien bei der gegenwärtigen Lage nicht umhin könne Krieg zu führen, selbst wenn es im Kampf allein bleiben sollte. — „Bays“ sagt in einer Besprechung der diplomatischen Bemühungen für die Erhaltung des Friedens, daß nach seiner Ansicht dieselben unnütz sein würden; doch tröstet sich dasselbe Blatt mit Hinblick darauf, daß diese Bemühungen auch während des Krieges fortbauern würden.

**Italien.** Garibaldi befindet sich noch immer auf Caprera, obwohl er sich dazu verstanden hat, den Oberbefehl über die Freiwilligen zu übernehmen. Er ist voll Siegeszuversicht und, wie Personen, die gerade von Caprera ankommen, versichern, auch in sehr heiterer Laune und im bestem Wohlsein. Die Briefe, die er erhält, sind sehr zahlreich, und es wird wohl jetzt wieder an Proklamationen und ähnlichen Aktenstücken nicht fehlen. Ein solches Dokument ist bereits erschienen; es ist an ein englisches Damen-Comitee gerichtet, das sich in London gebildet hat, um das italienische Volk mit Büchern zu versehen und um für den Fall, daß der Krieg ausbricht, für die Verwundeten zu sorgen. — Die Veranlassung zu den vielen Verhaftungen und Verbannungen, welche aus Neapel gemeldet worden sind, ist die Entdeckung eines, unter der Maske eines kirchlichen Vereins zum Zwecke religiöser Vorträge gebildeten politischen Klubs. Unter den Verhafteten befindet sich der Herzog von Arizza San Felice und mehrere Bischöfe.

**Rußland.** Die offizielle „Russ. Kor.“ bringt einen Situationsartikel, den sie nach einem starken Ausfall auf die Politik des Grafen Bismarck mit den Worten schließt: „Bald wird sein Ziel erreicht und Europa den Wechselfällen des Zufalls preisgegeben sein. Was wird er unter den von ihm ausgehäuften Trümmern finden? Bei diesem allgemeinen Unglück ist es ein Trost für Rußland, nicht im geringsten zu den Erfolgen einer durchaus persönlichen Politik beigetragen zu haben, und daß es berechtigt ist außer dem Bereiche der Europa unterwühlenden Aufregung zu bleiben. Welche Gründe sollten uns auch bestimmen, aus unserer Neutralität herauszutreten? Die Fürstenthümerfrage wird ja nach den bestehenden Verträgen entschieden und sonst sind unsere Grenzen nirgends bedroht.“

**Fürst.** Die Hoffnung der Rumänen, die Schutzmächte durch Beharrlichkeit zu bewegen, auf ihre Wünsche einzugehen und ihnen den Prinzen von Hohenzollern als Regenten zu bewilligen, hat durch ein a. 10. d. bei der Regierung eingetroffenes Schreiben Fuad Pascha's eine bedeutende Erschütterung erlitten. Der Großvezir zeigt in diesem Schreiben der Regierung in sehr höflicher aber zugleich auch sehr bestimmter Weise an, daß, wenn die Rumänen fortfahren würden, gegen die Bestimmungen der Pariser Konvention zu handeln und auf einen fremden Fürsten zu bestehen, die Pforte genöthigt sein werde, Gewaltmaßregeln zu ergreifen, das heißt mit anderen Worten, die Fürstenthümer militärisch zu okkupiren.

### Provinzielles

Marlenwerder, den 17. Mai. Die Wahlen beginnen alle Gemüther hier zu beschäftigen und sowohl die liberale Partei, als die hiesige Commandite des Preussischen Volksvereins sind schon überaus thätig in den Vorbereitungen zum Wahlkampf. Die Anhänger der erstern haben freilich nur zu sorgen, daß ihnen nicht durch Lässigkeit oder gar durch Leichtgläubigkeit gegen die Versprechungen der Conservativen, die die Vortheile, welche den Anhängern ihrer Partei bevorzugen, in den glänzendsten Farben ausmalen, einzelne Zugehörige entzogen und so die bisherige Majorität etwas weniger stattlich werde. Andererseits ist aber auch über die Persönlichkeit, welche an Niebolds, unseres treuen, leider noch immer nicht genesenen Abgeordneten Stelle treten soll, noch keine endgiltige Entscheidung getroffen, da dies doch ebenso von den Wahlmännern des Stuhms, wie des Marienwerder Kreises abhängt und doch keine Gelegenheit zu einer gemeinsamen Besprechung geboten war. So viel steht freilich wohl schon fest, daß die Urwähler des Wahlbezirks an ihren Abgeordneten dieselben Anforderungen stellen werden, welche am Montag die Berliner Versammlung einstimmig beschlossen hat. Die Conservativen beabsichtigen den Landrath v. Busch als ihren Kandidaten aufzustellen. Einen zweiten Kandidaten haben sie noch nicht gewinnen können, da sich von den älteren und schon länger hier anwesenden Bewohnern des Kreises, welche mit der allgemeinen Stimmung genauer vertraut sind, Niemand dazu verstehen will, für die so schwach unterstützte conservative Sache zu kämpfen und zu unterliegen.

Danzig, den 12. Mai. Das Commando des 3. Ostpreuss. Grenadier-Regiments No. 4 hat folgende Aufzucht erhalten: Ich habe 8 Jahre im Grenadier-Regiment No. 4 gestanden; — um meine Anhänglichkeit zu beweisen, erkläre ich, daß der Soldat des Regiments, welcher in dem bevorstehenden Feldzuge, der erste, eine feindliche Fahne erobert, von mir für diese Heldenthat 100 Thlr. erhält; — außerdem gebe ich einem aus diesem Feldzuge hervorgehenden Invaliden

lebenslang eine Verforgung. gez. v. Schmeling, Rittergutsbesitzer auf Westlienen im Kreise Heiligenbeil. Insterburg, den 15. Mai. Heute Nachmittag schoß die Tochter der Klempnerwitwe Müller auf ihren früheren Bräutigam, den Glasermeister Albutat. Zwei Schüsse feuerte sie ab und verwundete einen Arm des A. erheblich. Die Thäterin ist verhaftet.

### Verschiedenes.

— Minden, den 13. Mai. Hr. Wantrup und Vasco de Gama. Der bekannnte Schulrath Wantrup, jetzt Mitglied der Regierung in Minden, hielt hier vor Kurzem eine Schulvisitation ab. Dabei gefiel es ihm, selbst einige Fragen an die Schüler zu richten. Eine derselben lautete: „Wer hat den Seeweg nach Ostindien entdeckt?“ Keiner der Jungen wußte zu antworten. Da macht Hr. Wantrup darauf aufmerksam, daß der Name des Entdeckers seit einiger Zeit in aller Munde sei. Er möchte denken, daß Vasco de Gama, wenn nicht aus der Geschichte, doch aus der „Afrikanerin“ hinlänglich bekannt geworden. Letztere hatten indeß die Schüler wohl noch nicht gesehen. Hr. Wantrup wiederholte seine Bemerkung und ermahnte dringend, sich zu bestimmen. Nunmehr glaubt ein Junge den Nagel auf den Kopf zu treffen, indem er, sich erhebend, ausruft: „Claffen-Kappelmann!“ (N. B. Zg.)

### Locales.

— Personalia. Beim königlichen Gymnasium ist Herr Böhcke zum Oberlehrer, Herr Müller zum ersten Lehrer befördert.

— Feuersbrunst. Am Donnerstag, den 17. d. Nachmittags gegen 5 Uhr, entstand in dem Hause des Eigenthümers Raab auf der Großen Macker Feuer, welches nicht bloß dieses, sondern auch die beiden Nachbarhäuser des Eigenthümers Czaitowski nebst Schenke und Stall zerstörte. Daß das Feuer, welches, von dem scharfen Ostwinde gefördert, die ganze links des Wegs liegende Häuserreihe bedrohte, nicht weiter um sich griff, war eine Wirkung des Umstandes, daß der Wind nach Norden umsprang, und das dankenswerthe Verdienst der Herren Maschinenfabrikanten Born & Schübe, welche mit ihrer Feuerpröbe und sämmtlichen Fabrikarbeitern auf der Brandstätte thätig waren. Der Verlust von Menschenleben und lebendem Inventar ist nicht zu beklagen, aber von Haus- und Wirtschaftsgeschäften wurde wenig gerettet.

— Zum Postverkehr mit Polen. In Nr. 74 u. Bl. theilten wir mit, daß die Handelskammer sich im öffentlichen Verkehrsinteresse an den k. k. Statthalter in Polen, Grafen v. Berg geschuldsweise um Herstellung einer täglichen direkten Postverbindung zwischen hier, resp. Poln. Leibisch, welcher Grenzplatz schon mit unserer Stadt in einer täglichen mittelbar direkten Postverbindung steht, über Lipno nach Plock gewendet hat. Da der Handelskammer kein direkter Bescheid von besagter Seite zugegangen, wol aber die Mittheilung geworden ist, daß eine Postverbindung auf der vorangegebenen Linie eingerichtet sei, so ersuchte dieselbe das kgl. Postamt hierüber um Auskunft, dessen Antwort wir nachstehend mittheilen.

Vom 1. Sept. vor. J. ab ist eine wöchentlich 3 malige Postverbindung von Preuß. Leibisch über Poln. Leibisch nach Lipno eingerichtet, und zwar mit folgendem Gange: aus Zboino Kariolpost, Sonntag u. Mittwoch 5 U. Morg. Reitpost, Freitag 5 U. Morg. in Pr. Leibisch dieselben Tage 9 U. Vorm. aus „ „ Kariolpost, Sonnt. u. Mittw. 11 1/2 U. Vorm. Reitpost, Freitag 11 1/2 U. Vorm. in Zboino dieselben Tage 3 U. Nachm.

Diese Posten stehen mit den zwischen Gollub über Dobryn a/Drew., Zboino, Lipno, Wielki, Dobryn a/Weißel und Plock wöchentlich 3 mal, und zwar einmal durch eine Kariolpost und zweimal durch eine Reitpost courtstrenden Posten in Verbindung.

— Eisenbahn-Angelegenheiten. Die königliche Ostbahn hat in Folge höherer Veranlassung den Bau der ostpreussischen Südbahn, der fast ganz darniederlag, mit allem Nachdruck in die Hand genommen. Auf dem linksseitigen Pregelufer wird das Geleise in den unmittelbar daran stehenden Güterhof der Ostbahn geleitet werden, und hierdurch steht die Linie Pillau-Königsberg nicht nur mit den Linien Königsberg-Dirschau und Königsb.-Gdydankuhnen, sondern auch mit Königsb.-Bartenstein, bis wohin bereits das Schienengeleise gelegt ist, in Verbindung, indem beim Dorfe Rosenau eine Verbindungsweiche gelegt ist. Letztgenannte Linie wird wahrscheinlich vorläufig nur zu Kriegstransporten gebraucht werden.

— Kreisangelegenheiten. Nach einer Bekanntmachung des k. Landraths durch ein Extrablatt ist der auf den 21. d. M. anberaumte Kreisstag in Folge der nicht zu unterbrechenden Armeemobilisationsarbeiten auf Freitag, den 25. d. M. Vorm. 11 Uhr verlegt. Auf die Tagesordnung, deren Inhalt wir bereits mitgetheilt haben, ist noch die Frage wegen vorläufiger Beschaffung der Mittel zum Ankauf von 37 Pferden für die Landwehrkavallerie gestellt.

— Postverkehr. Als unbestellbar ist zum kgl. Postamt zurückgekommen: Ein am 6. d. Wts. hier ausgegebenes recommandirter Brief an den Bahn-Beamten bei der Saarbrücker Eisenbahn Herrn Ludwig Glanert in Saarbrücken.

### Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— Darlehnskassen. Die „Börsezeitg.“ hört, daß am 16. die Errichtung von Darlehnskassen resp. von 25 Millionen Darlehnskassenscheinen vom Könige genehmigt worden ist. Die Kassen sollen in Berlin und denjenigen Städten, wo bereits Banquillanten vorhanden, in den übrigen Städten je nach Bedürfnis Agenturen errichtet werden. Die Kassen sollen gegen Depots als Darlehen Kassenscheine ausgeben, welche bei allen Kassen zum vollen Nennwerth anzunehmen

sind. Die Depots können bestehen in Waaren, Boden-, Bergwerkzeugnissen und Fabricaten. Die Darlehen sollen in der Regel auf die Hälfte, ausnahmsweise auf zwei Drittel des Werths angegeben werden. Auch inländische Staatspapiere, inländische genehmigte voll eingezahlte Gesellschaftspapiere werden beliehen.

— Briefwechsel und Zeitungslectüre in England und Deutschland. In Deutschland kann in Folge des herrschenden Schulzwanges die ganze erwachsene männliche Bevölkerung lesen und schreiben, in England dagegen kaum der vierte Theil derselben. Und dennoch wird in England sechsfach so viel gelesen und geschrieben, als in Deutschland. Denn während dort die Post auf den Kopf der Bevölkerung jährlich fast zweiundzwanzig Briefe und zwanzig Zeitungen befördert, kommen in Deutschland auf die Seele kaum fünf Briefe und höchstens zwei Zeitungen. Der Grund dieses auffallenden, culturgeschichtlich sehr wichtigen Unterschiedes, den wir bisher für so bedeutend nicht gehalten haben, liegt hauptsächlich in der Verschiedenheit des Postgeldes. Erst seitdem in England am 1. Januar 1840 die Pennytage eingeführt und damit ein gleiches einheitliches und billiges Porto für das ganze Vereins- und Verkehrsgebiet geschaffen wurde, hat die gesammte Correspondenz einen so überaus erstaunlichen Aufschwung gewonnen. Schon im Jahre 1839—1840, wo das Porto nur etwas ermäßigt wurde, war die Zahl der Briefe von fünfundsechzig Millionen auf einhundertundachtundsechzig Millionen, also auf mehr als das doppelte gestiegen; 1848, nachdem die Pennytage bereits acht Jahre bestand, betrug die Zahl schon dreihundertunddreißig Millionen, 1858 an funfhundertundzweiundzwanzig und 1864 benahe siebenhundert Millionen. Warum müssen bei uns alle Menschen lesen und schreiben lernen, wenn sie von diesem großen Verkehrs- und Bildungsmittel nur einen beschränkten Gebrauch machen können? Es gehört das auch zu den Fragen, mit denen ein zukünftiges deutsches Parlament sich ernstlich zu beschäftigen hätte.

Berlin, den 18. Mai. Roggen weichend loco 38. — Spiritus 12. — Russ. Banknoten 64.

Danzig, den 18. Mai. Weizen mehr oder weniger ausgewachsen von 53/77 Sgr.; gesund von 75/87 1/2 Sgr. — Roggen von 50/52 Sgr. — Spiritus nichts gehandelt.

Thorn, den 19. Mai. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr. Roggen: Wispel 34—38 thlr. Erbsen: Wispel weiße 38—42 thlr. Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr. Hafer: Wispel 24—26 thlr. Kartoffeln: Scheffel 20—22 sgr. Butter: Pfund 6 1/2—7 1/2 sgr. Eier: Mandel 4—4 1/2, sgr. Stroh: Schock 10—12 thlr. Heu: Centner 25—30 sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 154 pCt. Russisch Papier 155 pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopelen 13—15 pCt. Neue Kopelen 45 pCt.

### Ämtliche Tages-Notizen.

Den 18. Mai. Temp. Wärme 4 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 1 Fuß 9 Zoll. Den 19. Mai. Temp. Wärme 3 Grad. Luftdruck 28 Zoll 8 Strich. Wasserstand 1 Fuß 8 Zoll.

### Insertate.

Am 1. Pfingstfeiertage Abends 8 Uhr hält die Liedertafel im Saale des

### Schützenhauses.

Gefangensvorträge, wozu die geehrten passiven Mitglieder hiermit höflichst eingeladen werden. Der Vorstand.



Nach langen schweren Leiden starb gestern a. 18. d. Wts. Nachm. 5 Uhr unser vielgeliebter Gatte und Vater der Damenschneiderin Friederich Giese, in kaum vollendetem 46 Lebensjahre, was hiermit tiefbetrübt, um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Bekannten anzeigen.

### Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag den 22. d. Wts. um 3 Uhr Nachmittags vom Sterbehause aus statt.

### Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Nach freundschaftlicher Uebereinkunft mit Herrn Moritz Rosenthal geht die Agentur für Thorn u. Umgegend auf Herrn F. G. Gehrke daselbst über. Danzig, den 11. Mai 1866.

### Heinrich Uphagen.

Mit Bezugnahme auf obige Annonce erlaube ich mir mich zur Entgegennahme von Versicherungen hiermit ganz ergebenst zu empfehlen und bin zu jeder gewünschten Auskunft gern bereit. Thorn im Mai 1866.

F. G. Gehrke.

